

KAMPF UM GÜLSUYU-GÜLENSU

Erdoğan Yıldız im Gespräch mit Yaşar Adanalı und İmre Balanlı Die informellen Siedlungen, Gecekondus genannt, werden immer häufiger zum Zielobjekt radikaler Stadterneuerungsprojekte. Erdoğan Yıldız, Gecekondu-Bewohner und Aktivist, spricht über seine eigenen Erfahrungen im Viertel Gülsuyu-Gülemsu. In nachbarschaftlicher Selbstorganisation stellen sich die Bewohner gegen den staatlich erzwungenen Stadtbau und fordern ihr Recht auf Mitsprache ein.

Yaşar Adanalı und İmre Balanlı: Herr Yıldız, Sie sind Bewohner des Gecekondu-Viertels Gülsuyu-Gülemsu und aktives Mitglied der Nachbarschaftsvereinigungen von Istanbul. Können Sie uns etwas über Ihr Viertel erzählen?

Erdoğan Yıldız: Gülsuyu-Gülemsu entstand zwischen 1950 und 1970, als die Zuwanderung aus den ländlichen Regionen stark zunahm. Unsere Nachbarschaft wurde in den 70er Jahren ein wichtiges Zentrum der linken Bewegung, ja zu einem Refugium für Andersdenkende. Vor allem am Ende dieses Jahrzehnts hatten revolutionäre Gruppen in dieser Gegend einen großen Einfluss.

In den 80er und besonders in den 90er Jahren setzte eine neoliberale politische und wirtschaftliche Entwicklung ein, die sich auch auf die Stadtplanung auswirkte. Wie hat sich dadurch die Rolle von Gülsuyu-Gülemsu im städtischen Gefüge verändert?

In den 50er und 60er Jahren war Istanbul eine Industriestadt, deren Arbeiterschaft in den Gecekondu-Viertel wohnte. Doch während der beiden letzten Jahrzehnte hat sich Istanbul zu einem Finanz- und Dienstleistungszentrum entwickelt. Alle Fabriken sind dezentralisiert und an die Peripherie der Stadt verlagert worden. Die Gecekondus aber blieben in der Innenstadt. Diese neue Situation hat uns und unsere Wohnviertel unter starken Druck gesetzt.

Dieser Prozess hat dazu geführt, dass die Gecekondu-Viertel als innerstädtische Entwicklungsgebiete interessant wurden. Welche Folgen hat die Politik der Stadterneuerung für ihr Viertel?

Wenn mit Stadterneuerung eine ökonomische und soziale Stärkung der Stadt gemeint ist, wenn sie dafür sorgt, dass die Bewohner in ihrer Nachbarschaft bleiben können, dann handelt es sich um eine positive Entwicklung. Die Politik der Stadterneuerung in Istanbul ist jedoch alles andere als positiv. Das Ganze findet in erster Linie gegen die Bewohner, nicht für sie statt. Als die Stadterneuerung unsere Nachbarschaft zum ersten Mal erreichte, tat die Kommune so, als wohne hier keine Menschenseele. Wir protestierten. Denn der Staat muss uns als Bewohner einbeziehen, wenn er einen neuen Plan für unsere Nachbarschaft entwickelt.

Es gibt derzeit in Istanbul eine Reihe stadtplanerischer Megaprojekte, die sich über die ganze Stadt verteilen. Welche Auswirkungen haben diese Vorhaben auf die Gecekondu-Viertel? Man kann zwischen zwei Arten von Vorhaben unterscheiden. Die einen spielen sich in vorstädtischen Quartieren wie Gülsuyu-Gülemsu ab; die andern hingegen in der Innenstadt. Zu letzteren gehören der Galataport, die Dubai Towers oder der Jachthafen in Pendik. Allen Maßnahmen gemeinsam ist, dass sie eine neue Stadt zum Nutzen des Kapitals und der Reichen schaffen und gleichzeitig die Armen aus ihrer Nachbarschaft vertreiben sollen. Die Megaprojekte und die Stadterneuerungsprojekte in den Nachbarschaften verfolgen das gleiche Ziel. Sie gehen Hand in Hand.

Mit welchen Mitteln reagiert Ihre Nachbarschaft auf diese Vorhaben? 2004 wurde Gülsuyu mit dem „Sanierungsplan für Maltepe nördlich der

E5“ konfrontiert. Wir bekamen ein paar Pläne zu Gesicht und hatten einen Monat Zeit, um Einspruch zu erheben. Die Kommune Maltepe schrieb unserem Muhtar (Vorsteher): „Ihr Bezirk liegt im Bereich des neuen, im Maßstab 1:5.000 dargestellten Besiedlungsplans. Teilen Sie uns Ihre Meinung dazu mit.“ Der Vorsteher hatte so etwas noch nie gesehen und ahnte natürlich nicht, was sich dahinter verbarg. Wir setzten uns mit den Architekten und Ingenieuren in unserer Vereinigung zusammen und fanden heraus, dass man sieben nördlich der Autobahn E5 gelegene Nachbarschaften mit einer Bevölkerung von knapp 80.000 Menschen einfach räumen wollte. Wir organisierten den Widerstand, brachten 32 Klagen gegen die Planungsentscheidung vor Gericht und ließen der Kommune 12.000 Petitionen zukommen. Wir erklärten: „Wenn es einen neuen Plan für unsere Nachbarschaft gibt, so müssen wir dabei ein Wörtchen mitreden. Die 50.000 Bewohner unserer Nachbarschaft hätten einen Plan wie diesen nie akzeptiert.“ Das Gericht entschied zu unseren Gunsten. Alle Mängel des Plans wurden korrigiert; dem neuen Plan wurde sogar die Klausel hinzugefügt: „Alle Vorhaben müssen vorher mit den Bewohnern abgesprochen werden.“

Wie vereinigen sich diese Nachbarschaften? In einer Gemeinde kann es unterschiedliche politische Auffassungen, unterschiedliche Pacht- und Besitzverhältnisse geben. Wie organisieren sich die Bewohner vor diesem Hintergrund?

Es gibt natürlich jede Menge unterschiedliche Interessen. Hat eine Nachbarschaft eine ausgeprägte politische Tradition, so ist die Organisation des Widerstands einfacher. Aber in Bezirken wie Sulukule oder Tarlabası können zum Beispiel Widersprüche zwischen ethnischen Gruppen oder konservative Ansichten den Prozess hemmen. In Gülsuyu-Gülemsu existiert, wie ich erwähnte, eine Tradition, sich politisch zu organisieren. Dank der Nachbarschaftsvereinigung, des Nachbarschaftsausschusses und des Muhtars kam unser Kampf gegen das Projekt also gut voran. In Bewohnerversammlungen stellten wir sicher, dass jeder wusste, worum es ging. Wir nahmen Kontakt mit Architekten und Ingenieuren auf, um unser Wissen zunutze zu machen.

Gibt es eine gemeinsame Agenda der Nachbarschaften?

Das erfordert ein kollektives Vorgehen. Und genau das ist es, was uns fehlt. Daher organisierten wir im Juli 2006 einen Solidaritäts-Workshop, bei dem sich acht oder neun Nachbarschaften zusammaten. Ende 2007 gründeten wir mit 22 verschiedenen Nachbarschaften die Istanbul-Plattform der Nachbarschaftsvereinigungen (İMDP). Die İMDP versucht, Synergien zu schaffen. Es geht darum, Gruppen in ihrem Widerstand gegen Stadterneuerungsprojekte, die sie benachteiligen, zu unterstützen. Wenn die Nachbarschaften ihre Erfahrungen nicht mit den Erfahrungen anderer Gebiete teilen, so wird ihr Widerstand unvollständig bleiben. Der Kampf wird sich nicht nur um das Recht auf Wohnraum drehen, sondern auch um das Recht auf die Stadt, er setzt sich nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die Mittelschichten ein.

Wie reagieren die Behörden auf diese Selbsthilfegruppen?

Die eigentlichen Spannungen sind das Resultat der Kompromisslosigkeit der staatlichen Wohnbaubehörde TOKİ und der Kommune. Wenn sie nicht den Dialog mit den Betroffenen suchen, werden die Spannungen noch zunehmen.

Welche Perspektiven sehen Sie für Ihre Arbeit in der Türkei?

Wenn sich die Nachbarschaften nicht selbst engagieren, wird es keine Verbesserung geben. Da können noch so viele politische Gruppen in ihrem Namen agieren. Die Bewohner brauchen Mitsprache. Und sie müssen die Mitsprache wahrnehmen. Nur so kann unser Widerstand erfolgreich sein.

Aus dem Englischen von Fritz Schneider

Gekürzter Gesprächsauszug aus dem Dokumentarfilm ECUMENOPOLIS von İmre Balanlı (© 2009 by İmre Balanlı, erscheint im November 2009). Zuerst erschienen in der Zeitschrift „Diwan Istanbul – Living in Voluntary and Involuntary Exclusion“, herausgegeben von Tansel Korkmaz, Eda Ünlü-Yücesoy, Yaşar Adanalı, Philipp Misselwitz und Can Altay. Veröffentlicht als Teil der Internationalen Architekturbiennale Rotterdam IABR 2009 im Ausstellungsteil „Refuge“.